

Vorlageart: Berichtsvorlage
Federführung: Finanzen
Verantwortung: Frau Franke, Herr Tsalastras, Herr Berg

Quartalsbericht zum Ergebnisplancontrolling mit Stand 30.09.2025

Beratungsfolge

08.12.2025	Haupt- und Finanzausschuss	Kenntnisnahme
15.12.2025	Rat der Stadt	Kenntnisnahme

Bezug

Kein Bezug

Sachverhalt

- 1 Der Rat der Stadt erhält im Rahmen der Berichterstattung zum Stand 30.09.2025 den
- 2 beigefügten Quartalsbericht zum Ergebnisplan zur Kenntnisnahme. Dieser basiert auf den
- 3 aktuellen Budgetprognosen der Fachverwaltung und beinhaltet Planabweichungen ab
- 4 100.000 EUR.

Anlage/n

1 - Quartalsbericht zum 30.09.2025

2 - Haushaltssicherungskonzept 2025 Einzelmaßnahmen Stand 30.09.2025



Quartalsbericht

Ergebnisplancontrolling

Stand: 30.09.2025

Inhaltsverzeichnis

<i>I. Gesamtergebnis der konsumtiven Controlling-Gespräche</i>	<i>2</i>
<i>II. Allgemeine Finanzwirtschaft</i>	<i>3</i>
<i>III. Personal- und Versorgungsaufwendungen (Deckungsring Personal)</i>	<i>4</i>
<i>IV. Wesentliche Abweichungen nach Produktbereichen</i>	<i>5</i>
<i>V. HSK-Controlling zum 30.09.2025.....</i>	<i>9</i>
<i>VI. Verschuldung</i>	<i>10</i>

Anlage

I. Gesamtergebnis der konsumtiven Controlling-Gespräche

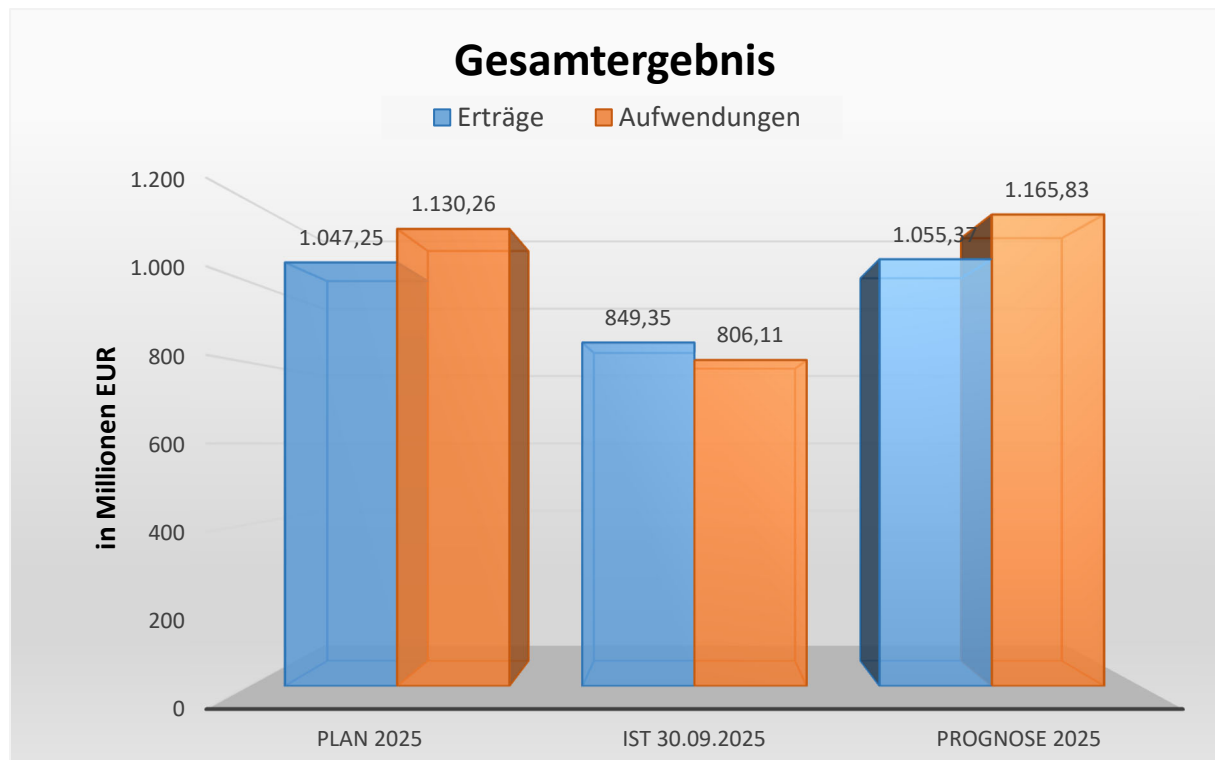
Auf Basis der vorliegenden Prognosen der Bereiche/Fachbereiche zum Stichtag 30.09.2025 zeichnet sich eine Verschlechterung zur Haushaltsplanung 2025 in Höhe von rund 27,45 Mio. EUR ab.

Im Vergleich zur Planung ergeben sich Mehrerträge in Höhe von rund 8,12 Mio. EUR, die jedoch durch Mehraufwendungen in Höhe von rund 13,39 Mio. EUR überstiegen werden. Darüber hinaus ist zum o. g. Stichtag davon auszugehen, dass der geplante globale Minderaufwand in Höhe von rund 22,18 Mio. EUR nicht erreicht werden kann.

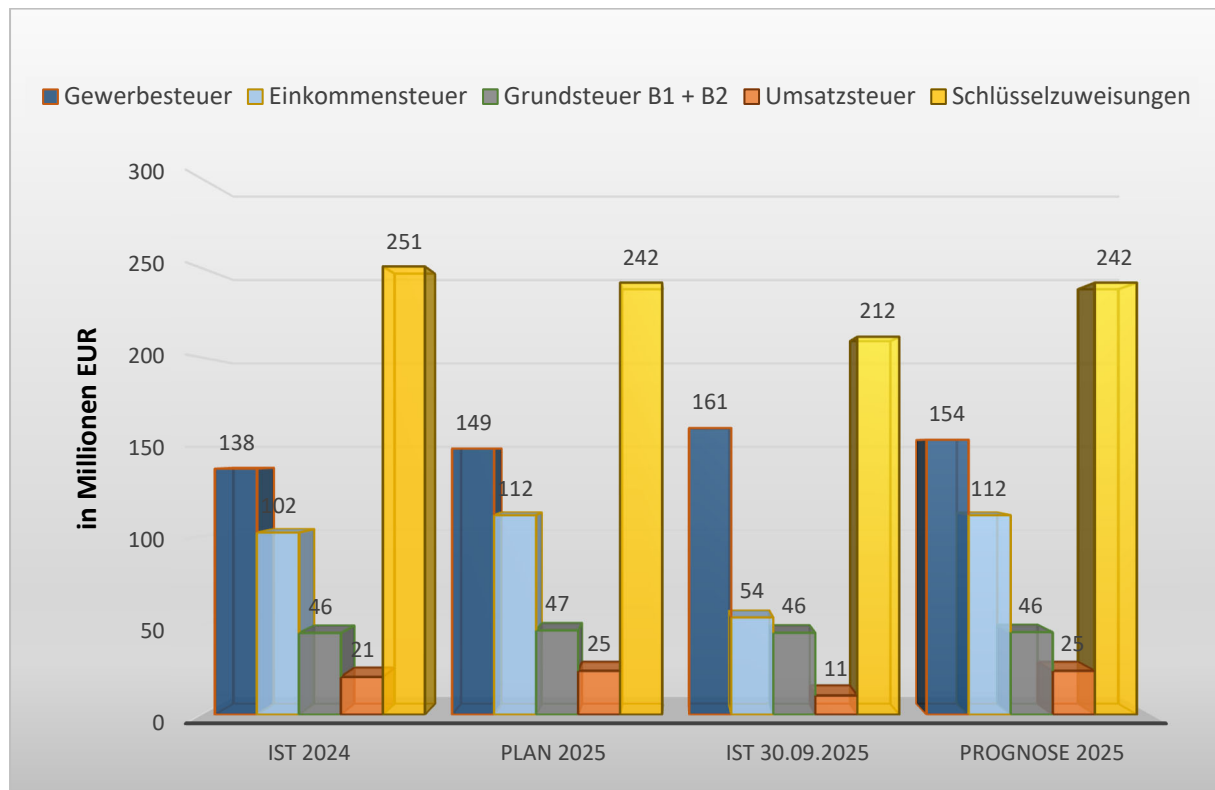
Die maßgeblichen Abweichungen im Ertragsbereich resultieren weiterhin aus niedrigeren Einnahmen bei der sonstigen Vergnügungssteuer sowie aus geringeren Mieterlösen infolge der Übertragung von Objekten an die TZU GmbH. Demgegenüber stehen höhere Gewerbesteuereinnahmen, gesteigerte Erstattungen im Bereich der erzieherischen Hilfen sowie die Rückzahlung des für 2024 zu hoch geleisteten Finanzierungsbeitrags durch die STOAG GmbH.

Auf der Aufwandsseite zeigen sich deutliche Mehrbelastungen bei den erzieherischen Hilfen, im Bereich der Personalaufwendungen, bei den Energiekosten sowie aufgrund der zu leistenden Landschaftsumlage. Im Gegensatz dazu treten geringere Aufwendungen im Deckungsring Jugend sowie reduzierte Zinslasten für Liquiditätskredite auf.

Zum 30.09.2025 ergab sich folgendes Gesamtbild:



II. Allgemeine Finanzwirtschaft



Im Produktbereich 16 - Allgemeine Finanzwirtschaft werden die wesentlichen Einnahmequellen der Stadt Oberhausen geplant und bewirtschaftet. Mehr als die Hälfte aller Erträge machen dabei Gewerbe-, Einkommen-, Grund- und Umsatzsteuer sowie die Schlüsselzuweisungen vom Land aus.

Die Erträge aus der Gewerbesteuer unterliegen laufenden Schwankungen. Zum Stand 30.09.2025 erreichten die Erträge einen Wert in Höhe von rund 160,5 Mio. EUR. Der Fachbereich Steuern geht davon aus, dass bis zum Jahresende weitere negative sowie positive Veränderungen eintreten werden. Es wird mit einem Jahresergebnis von ca. 155,0 Mio. EUR gerechnet.

Der Rückgang an Geldspielgeräten in Spielhallen und an sonstigen Aufstellorten aufgrund der ordnungspolitischen Auswirkungen des Glücksspielstaatsvertrages und der Glücksspielverordnung NRW führen weiterhin zu Mindereinnahmen bei der sonstigen Vergnügungssteuer. Im laufenden Haushaltsjahr sind Mindererträge in Höhe von 1,4 Mio. EUR zu erwarten.

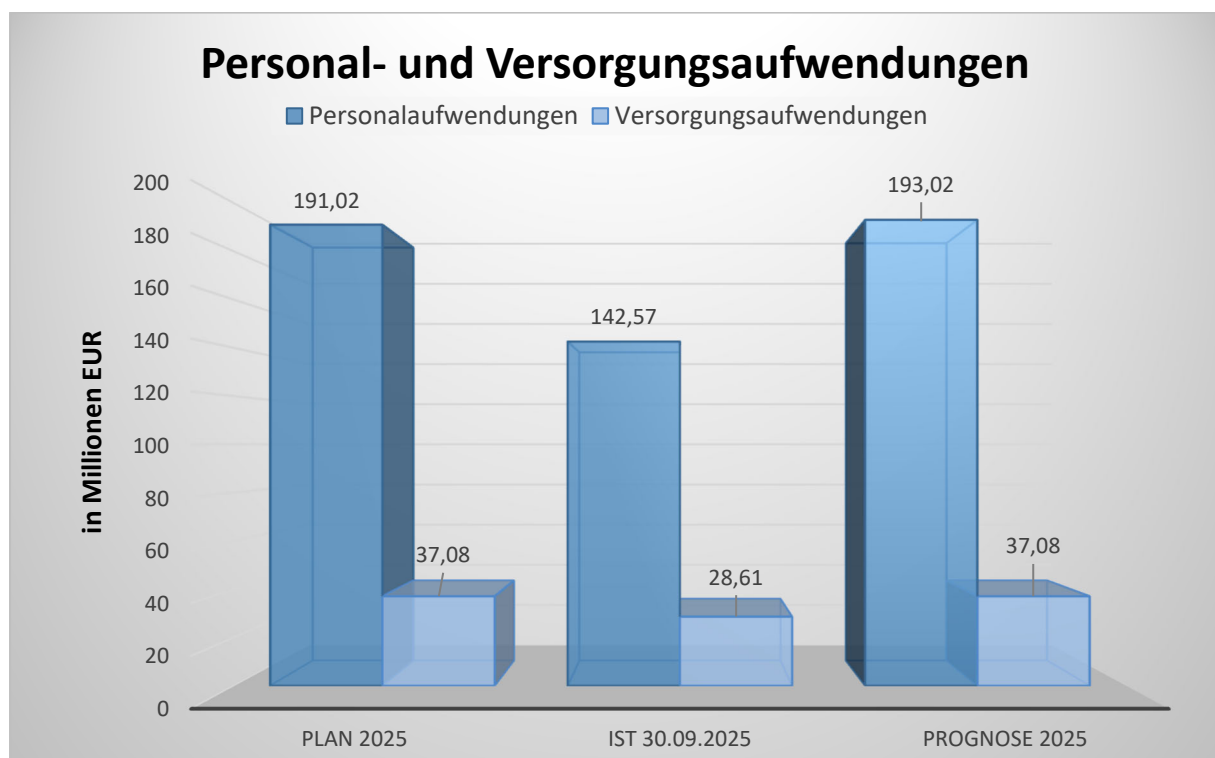
Durch die Erledigung der Einspruchsverfahren bei der Finanzverwaltung (Grundsteuerreform) kommt es bei der Grundsteuer (B1+B2) zu Mindererträgen in Höhe von ca. 1,0 Mio. EUR. Darüber hinaus liegen die Wachstumsraten in Oberhausen regelmäßig unter dem Landesdurchschnitt.

Gemäß Bescheid des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) vom 30.04.2025 entstehen für die Zahlung der Landschaftsumlage Mehraufwendungen in Höhe von rund 3,8 Mio. EUR.

Die Europäische Zentralbank hat in 2025 bereits mehrfach die Leitzinsen gesenkt, sodass davon auszugehen ist, dass die Zinsaufwendungen bis zum Jahresende um rund 2,0 Mio. EUR geringer ausfallen werden.

III. Personal- und Versorgungsaufwendungen (Deckungsring Personal)

Die laufenden Personal- und Versorgungsaufwendungen werden im Deckungsring Personal dargestellt und bewirtschaftet. Sie nehmen einen Anteil in Höhe von rund 20% der gesamtstädtischen Aufwendungen ein. Zum Stand 30.09.2025 betrugen die Aufwendungen rund 171,2 Mio. EUR. Der Bereich 4-1/Personal und Organisation prognostiziert einen Mehrbedarf bei den Personalaufwendungen für das Jahr 2025 in Höhe von rund 2,0 Mio. EUR. Davon entstehen 0,5 Mio. EUR Mehraufwand aufgrund der Tarifierhöhungen sowie 1,2 Mio. EUR für Beihilfeleistungen. Weitere Mehraufwendungen in Höhe von rund 0,3 Mio. EUR werden aufgrund des Beamtenmodernisierungsgesetzes (verkürzte Wartezeit bei Beförderungen) erwartet.





IV. Wesentliche Abweichungen nach Produktbereichen

Nachfolgend werden die wesentlichen Abweichungen auf der Ertrags- bzw. Aufwandsseite produktbereichsbezogen dargestellt.

Produktbereich 01 - Innere Verwaltung

Gesamtverschlechterung in Höhe von rund 6,2 Mio. EUR

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Minderertrag aus Mieten und Pachten durch Übertragung von Mietobjekten auf die TZU GmbH	- 1,1 Mio. EUR	
Minderertrag bei Zuweisungen vom Bund für die Sanierung der „Burg Vondern“ durch Verschiebung ins Folgejahr	- 0,3 Mio. EUR	
Minderertrag aus Verwaltungsgebühren im Bereich Personalwirtschaft	- 0,1 Mio. EUR	
Mehrertrag aus Rückerstattungen von Restmitteln der Fraktionen und Gruppen zum Ende der Wahlperiode		0,4 Mio. EUR
Mehrertrag durch eine neue Vollstreckungssoftware (zeitnahe Bilanzierung von Positionen bei Übergabe der Forderung von SAP an die Vollstreckungssoftware, die im alten System erst später verbucht wurden)		0,1 Mio. EUR
Mehrertrag durch Zahlungen der Deutschen Bahn für Baustelleneinrichtungsflächen		0,3 Mio. EUR
Mehrertrag durch Erstattungen der Sach- und Haftpflichtversicherungen in Rechtsangelegenheiten		0,3 Mio. EUR
Mehrertrag aus Auflösung einer Rückstellung im Bereich Rechtsangelegenheiten		0,2 Mio. EUR
Mehrertrag durch Erstattungen von Versorgungsaufwendungen bei Diensterrenwechsel		0,9 Mio. EUR
Minderaufwand für Aktenscan Dienstleistungen im Bereich IT		0,1 Mio. EUR
Minderaufwand im S/4 HANA-Projekt durch zeitliche Verschiebungen ins Folgejahr		0,5 Mio. EUR
Mehraufwand im Deckungsring Fremdleistungen Energiemanagement	- 3,3 Mio. EUR	
Mehraufwand durch Umbauarbeiten im Technischen Rathaus, Gebäudeteil D, EG, Verlagerung der Zulassungs- und Führerscheinstelle	- 0,3 Mio. EUR	
Mehraufwand im Deckungsring Schadensfälle aufgrund von Brandschäden und Einbruchdiebstahlschäden in 2024 und 2025	- 2,8 Mio. EUR	
Mehraufwand im Deckungsring IT durch allgemeine Kostensteigerungen und vertragliche Verpflichtungen	- 0,3 Mio. EUR	
Mehraufwand im Deckungsring Mieten durch diverse Neuanmietungen	- 0,8 Mio. EUR	
Summe	- 9,0 Mio. EUR	2,8 Mio. EUR



Produktbereich 02 - Sicherheit und Ordnung

Gesamtverschlechterung in Höhe von rund 0,5 Mio. EUR

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Mehraufwand im Bereich Gefahrenabwehr für notwendige Beschaffungen und Reparaturen	- 0,4 Mio. EUR	
Mehraufwand für Kirmes durch gestiegene Kosten der WBO sowie Sicherheitsmaßnahmen	- 0,1 Mio. EUR	
Summe	- 0,5 Mio. EUR	0,0 Mio. EUR

Produktbereich 03 - Schulträgeraufgaben

Gesamtverbesserung in Höhe von rund 0,1 Mio. EUR

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Mehrertrag aus Zuweisungen vom Land im Bereich Belastungsausgleich G9		0,1 Mio. EUR
Minderaufwand im Deckungsring Schülerbeförderungskosten STOAG durch Überprüfung der Deutschlandtickets		0,3 Mio. EUR
Mehraufwand im Deckungsring Sonstige Schülerbeförderungskosten an Förderschulen durch Kostensteigerungen	- 0,3 Mio. EUR	
Summe	- 0,3 Mio. EUR	0,4 Mio. EUR

Produktbereich 04 - Kultur und Wissenschaft

Gesamtverbesserung in Höhe von rund 0,8 Mio. EUR

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Mehrertrag im Kunstmuseum durch mehr Eintrittsgelder		0,6 Mio. EUR
Mehrertrag im Kunstmuseum durch Steigerung von Shop-Verkäufen		0,2 Mio. EUR
Summe	- 0,0 Mio. EUR	0,8 Mio. EUR

Produktbereich 05 - Soziale Leistungen

Gesamtverbesserung in Höhe von rund 1,2 Mio. EUR

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Minderertrag bei Wirtschaftlichen Hilfe durch den Rückgang erstattungsfähiger Personen und geringeren Rückzahlungen gewährter Hilfen	- 0,4 Mio. EUR	
Mehrertrag bei Hilfen zur Grundsicherung Kostenerstattungen durch Sozialleistungsträger		0,3 Mio. EUR
Mehrertrag bei Zuweisungen vom Land für Belastungsausgleich nach BtR-BelAVO		0,1 Mio. EUR
Mehrertrag aus Erstattungen für KdU		0,7 Mio. EUR
Mehrertrag aus Erstattungen für BuT Wohngeld		0,6 Mio. EUR
Mehrertrag durch Erstattungen der Personalkosten von Zweckverbänden		0,6 Mio. EUR



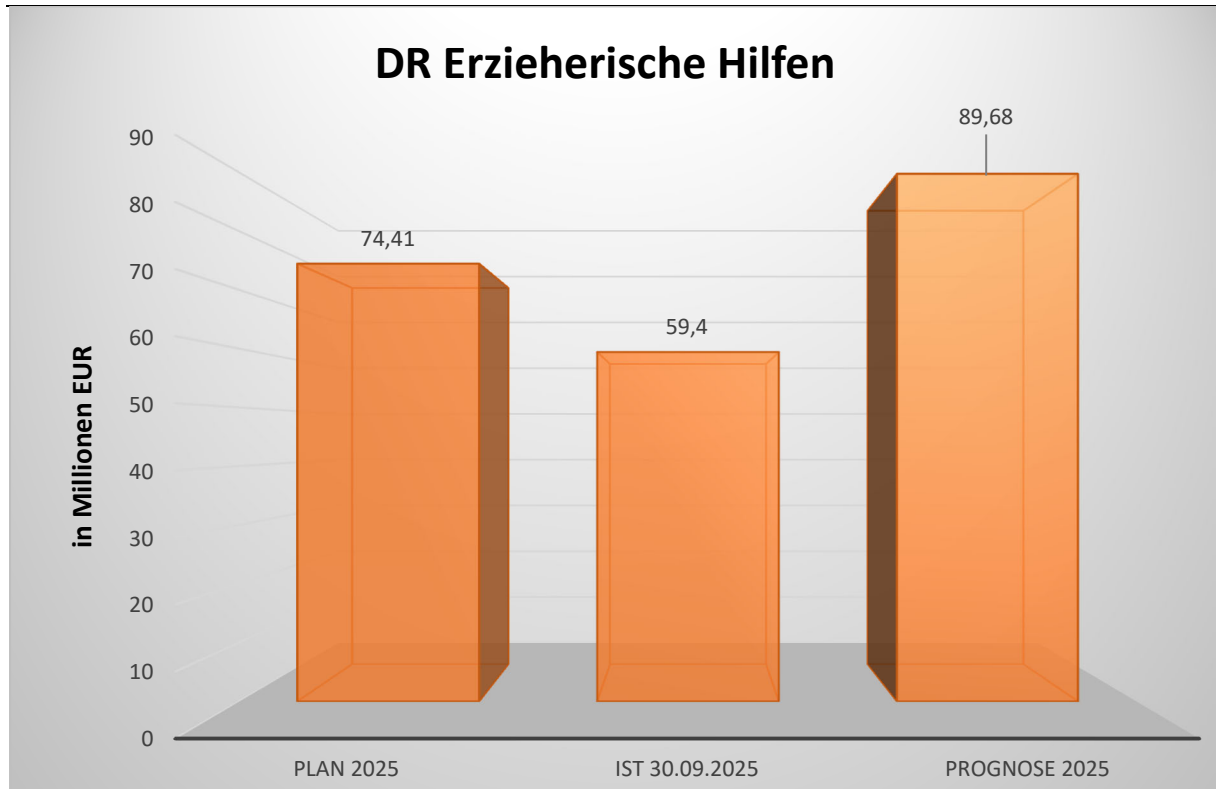
Quartalsbericht zum 30.09.2025

Mehrertrag bei Unterhaltsansprüchen aufgrund der Bearbeitung bestimmter Vorgänge durch ein Spezialteam		0,2 Mio. EUR
Minderaufwand im Deckungsring Gemeinsame Einrichtung Jobcenter		0,1 Mio. EUR
Minderaufwand im Deckungsring Soziales für diverse Transferleistungen		0,1 Mio. EUR
Mehraufwand im Deckungsring Bildungs- und Teilhabepaket durch einen Anstieg der Kosten und höhere Inanspruchnahmen von Leistungen	- 0,9 Mio. EUR	
Mehraufwand für Alten- und Blindenhilfe („Belastungsausgleich“)	- 0,2 Mio. EUR	
Summe	- 1,5 Mio. EUR	2,7 Mio. EUR

Produktbereich 06 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Gesamtverschlechterung in Höhe von rund 10,9 Mio. EUR

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Minderertrag aus Unterhaltsansprüchen wegen Novellierung der Kostenbeitragsverordnung	- 0,1 Mio. EUR	
Minderertrag aus Erstattungen vom Land für UVG-Leistungen	- 1,1 Mio. EUR	
Minderertrag bei Erstattungen von Gemeinden und GV aufgrund von langwierigen Gerichtsverfahren und Fallabgaben	- 1,2 Mio. EUR	
Mehrertrag bei Erstattungen von Sozialleistungsträgern durch Aufarbeitung von Rückständen aus 2024		0,1 Mio. EUR
Mehrertrag bei Erstattungen vom Land für UMA und Flüchtlingshilfe Ukraine		3,9 Mio. EUR
Mehrertrag durch Mieteinnahmen „Haus des Jugendrechts“		0,1 Mio. EUR
Mehrertrag bei Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden durch die Aufarbeitung von Rückständen		1,3 Mio. EUR
Minderaufwand im Deckungsring Jugend durch geringere UVG-Leistungen		1,4 Mio. EUR
Mehraufwand im Deckungsring Erzieherische Hilfen u. a. durch allg. Kostensteigerungen (s. nachfolgende Grafik)	- 15,3 Mio. EUR	
Summe	- 17,7 Mio. EUR	6,8 Mio. EUR



Produktbereich 09 - Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation

Gesamtverbesserung in Höhe von rund 0,5 Mio. EUR

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Minderaufwand bei Maßnahmen der „Zukunftsfähigen Innenstadt Alt-Oberhausen“		0,1 Mio. EUR
Minderaufwand bei „Soziale Stadt NRW Osterfeld“ durch weniger Fassadenneugestaltungen		0,1 Mio. EUR
Minderaufwand im Projekt „Perspektive Holten“ aufgrund der Ablehnung der Förderung		0,3 Mio. EUR
Summe		0,5 Mio. EUR

Produktbereich 12 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

Gesamtverbesserung in Höhe von rund 3,3 Mio. EUR

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Mehrertrag bei Verwaltungsgebühren für Parkplätze, Parkleitsystem und Erlaubnisse		0,1 Mio. EUR
Mehrertrag bei Erstattungen durch Ablöse der Deutschen Bahn für Maßnahme „Brücke Kewerstraße“		2,2 Mio. EUR
Mehrertrag bei Personalkostenerstattungen für Förderprojekte der Digitalisierung		0,1 Mio. EUR
Minderaufwand bei der Maßnahme „Umbau Bahnhof Sterkrade“ (ruhend gestellt)		0,4 Mio. EUR
Minderaufwand bei Fremdleistungen Beschaffungswesen		0,2 Mio. EUR

Minderaufwand für Brücken gemäß Baufortschritt		0,5 Mio. EUR
Mehraufwand bei Instandsetzungsmaßnahme P+R Anlage Hansastrasse	- 0,2 Mio. EUR	
Summe	- 0,2 Mio. EUR	3,5 Mio. EUR

Produktbereich 15 - Wirtschaft und Tourismus

Gesamtverbesserung in Höhe von rund 5,5 Mio. EUR

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Minderertrag aus Konzessionsabgaben von der evo AG	- 0,6 Mio. EUR	
Minderertrag Ausschüttung Gewinnanteile GEO/GVO, stattdessen Kürzung Zuschuss SBO (s. unten)	- 1,0 Mio. EUR	
Mehrertrag durch die Auflösung der Risikorückstellung für die STOAG GmbH		5,0 Mio. EUR
Mehrertrag aus der Rückzahlung des überzahlten Finanzierungsbeitrages aus 2024 an die STOAG GmbH		4,5 Mio. EUR
Mehrertrag aus Konzessionsabgaben von der RWW GmbH		0,4 Mio. EUR
Minderaufwand Pauschalzuschuss an die SBO auf Basis eines Dienstleistungsvertrages mit GEO/GVO (s. oben)		1,2 Mio. EUR
Minderaufwand Zuschuss an das Theater Oberhausen aufgrund von Übernahme der Mietauffälle für die OWT Probebühne		0,2 Mio. EUR
Minderaufwand aus Steuern aus Gewinnausschüttung der TZU GmbH, stattdessen Zuschusskürzung SBO (s. oben)		0,1 Mio. EUR
Mehraufwand für das Immobilienkonzept durch komplexere Umsetzung aufgrund steuerrechtlicher Vorgaben	- 0,1 Mio. EUR	
Mehraufwand bei der Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH aufgrund des Umbaus Solebad Vonderort	- 0,1 Mio. EUR	
Mehraufwand für den Finanzierungsbeitrag an die STOAG GmbH	- 4,1 Mio. EUR	
Summe	- 5,9 Mio. EUR	11,4 Mio. EUR

V. HSK-Controlling zum 30.09.2025

Der Rat der Stadt hat am 16.12.2024 die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2025 ff. beschlossen. Die Auswirkungen auf den Haushalt 2025 und die mittelfristige Finanzplanung 2026 - 2028 wurden in den Haushaltsplan 2025 aufgenommen.

Zum 30.09.2025 haben die zuständigen Bereiche und Fachbereiche erneut ihre Einschätzungen zur Einhaltung der beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen abgegeben (s. Anlage).

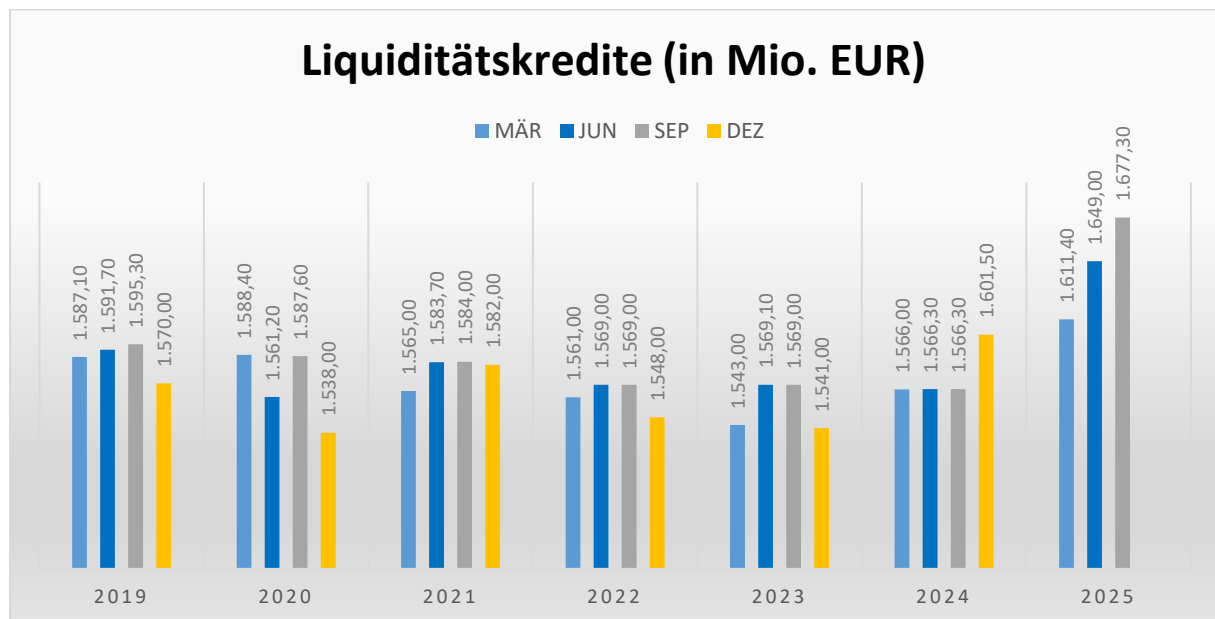
Insgesamt betrug das vom Rat der Stadt beschlossene Konsolidierungsziel aus den Einzelmaßnahmen für 2025 rund 29,9 Mio. EUR. Gemäß aktueller Prognose wird diese Summe bis zum Jahresende voraussichtlich um rund 4,2 Mio. EUR unterschritten. Detaillierte Prognosen und Erläuterungen können der Anlage entnommen werden.

VI. Verschuldung

Nachfolgend wird die Entwicklung der Verschuldung der Stadt Oberhausen durch Liquiditäts- und Investitionskredite dargestellt.

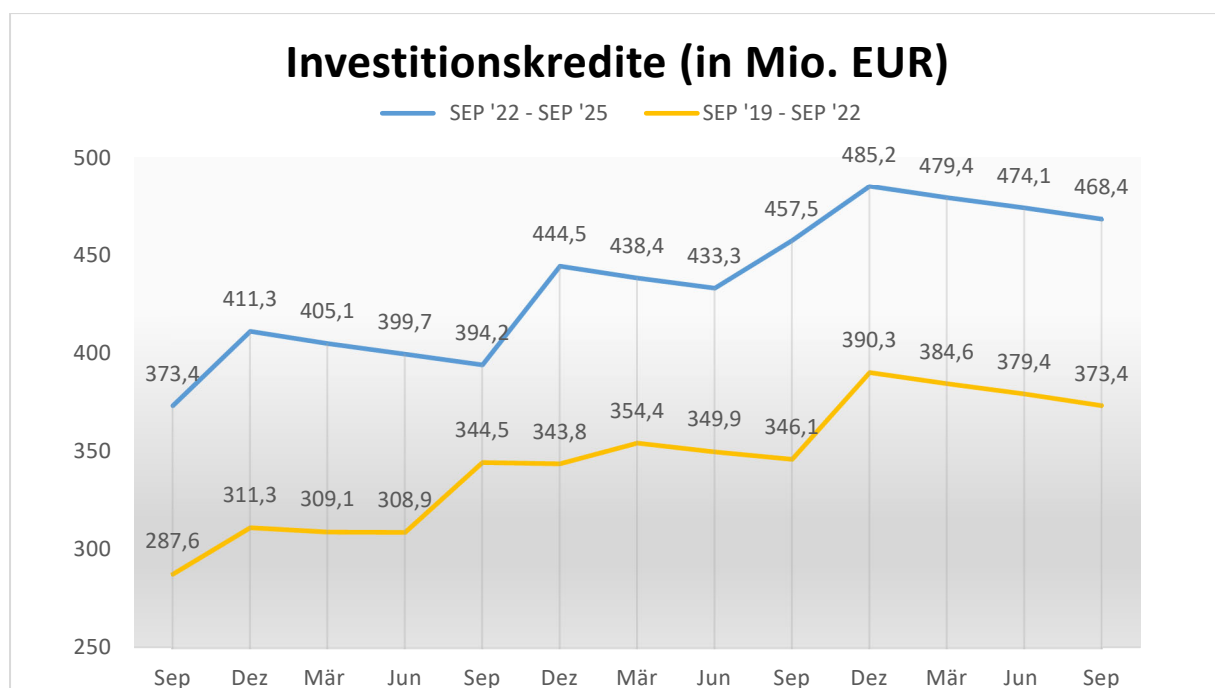
Liquiditätskredite

Zum 30.09.2025 belaufen sich die Liquiditätskredite auf rund 1,67 Mrd. EUR. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (30.09.2024) bedeutet das einen Zuwachs in Höhe von rund 111 Mio. EUR.



Investitionskredite

Die Höhe der Investitionskredite zum 30.09.2025 beläuft sich auf rund 468,4 Mio. EUR und liegt damit rund 10,9 Mio. EUR über dem Vorjahreswert (457,5 Mio. EUR).





Anlage

Haushaltssicherungskonzept 2025 / Einzelmaßnahmen (Stand 30.09.2025)

Haushaltssicherungskonzept 2025 ff.

Ifd. Nr.	Dez.	Bereich	Maßnahmenbeschreibung	Konsolidierungsbetrag in TEUR			in Umsetzung	keine Umsetzung	Erläuterung zum Stand 30.06.	Erläuterung zum Stand 30.09.
				2025	Jahresprognose zum Stand 30.06.	Jahresprognose zum Stand 30.09.				
1	0	0-1	Einsparungen der Gesamtaufwendungen für Rats-, Fraktions- und Ausschusssitzungen um 5% a) Reduzierung von Sitzungsgeldern / Fraktionszuwendungen b) Einsparung von Sitzungsgeldern durch Reduzierung von Rats-, Ausschuss- und Fraktionssitzungen c) Zusammenlegung von Ausschüssen d) Kürzung Fraktionszuwendungen	0,0	0,0	0,0				
2	0	9-5	a) Überprüfung des Leistungsvertrages zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH und der damit zusammenhängenden sonstigen Aufwendungen für Dienstleistungen	500,0	500,0	500,0			Grundsätzlich ist vorgesehen, dass dieser Konsolidierungsbetrag durch Kürzungen von Leistungen im Leistungsvertrag der Stadt Oberhausen mit der WBO erbracht wird. Dies wird im Haushaltsjahr 2025 durch eine im Vergleich zur Planung um 734 TEUR erhöhte Ausschüttung der WBO an die STOAG erreicht.	
			b) Kürzung des Zuschusses an die STOAG GmbH (u.a. aufgrund erhöhter Beteiligungserträge von WBO GmbH, GMVA und evo AG)	5.920,0	5.920,0	5.920,0			Der HSK-Betrag für 2025 bedeutet einen restlichen Finanzierungsbetrag für die STOAG in Höhe von 13,0 Mio. EUR. Gemäß Prognose der STOAG vom 06.06.2025 werden 17,105 Mio. EUR benötigt (Planung der STOAG aus 11/2024: 21,345 Mio. EUR). Der HSK-Betrag für 2025 ist erreichbar durch die gleichzeitige ertragswirksame Auflösung der im Jahresabschluss 2024 gebildeten Risikorückstellung in Höhe von 5,0 Mio. EUR.	
			c) Reduzierung des Zuschusses an die LAH GmbH	200,0	200,0	200,0				
			d) Gewinnausschüttung ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	50,0	50,0	50,0				Die Gewinnausschüttung wurde am 07.07.2025 durch den Rat der Stadt beschlossen und am 19.08.2025 bei der ASO angefordert.
			e) Kürzung des Zuschusses an das Theater Oberhausen	300,0	300,0	465,0				300 TEUR HSK Beitrag; 165 TEUR Mietausfall OWT (Probephöhne), den das Theater zusätzlich übernimmt.
			f) Gewinnausschüttung der Stadtparkasse Oberhausen (netto)	2.500,0	2.500,0	2.500,0				
			g) Gewinnausschüttung des neuen Immobilienkonzerns	250,0	250,0	0,0			In 2025 erfolgt keine direkte Ausschüttung des Konzerns. Stattdessen ist eine weitere Zuschusskürzung bei der SBO geplant, da seit 2024 eine Erstattung von Teilpersonalaufwendungen der SBO in Höhe von 1.200 TEUR durch den Immobilienkonzern erfolgt.	Diese Maßnahme wird durch Maßnahme Nr. 13b kompensiert.
			h) Kürzung des Zuschusses an die OWT GmbH	120,0	120,0	120,0				

Haushaltssicherungskonzept 2025 ff.

Ifd. Nr.	Dez.	Bereich	Maßnahmenbeschreibung	Konsolidierungsbetrag in TEUR			in Umsetzung	keine Umsetzung	Erläuterung zum Stand 30.06.	Erläuterung zum Stand 30.09.
				2025	Jahresprognose zum Stand 30.06.	Jahresprognose zum Stand 30.09.				
3	1	1-1	a) Vergnügungssteuer: Hebesatzerhöhung von 22 auf 24 v. H.	530,0	530,0	530,0			Die Maßnahme wurde umgesetzt. Insgesamt ist festzustellen, dass die Erträge aus der sonstigen Vergnügungssteuer aufgrund einer sinkenden Anzahl an Automatenaufstellern im Stadtgebiet rückläufig ist.	
			b) - Erhöhung der Steuer von 156 auf 168 EUR/Hund sowie auf 288 EUR bei zwei und mehr Hunden - Einführung eines Steuersatzes in Höhe von 850 EUR/Hund für "Gefährliche Hunde" (§3LHundG) und "Hunde bestimmter Rassen" (§10LHundG)	400,0	400,0	400,0				
			c) Einführung der Grundsteuer C ab 2025	0,0	0,0	0,0				
			d) Einführung der Verpackungssteuer ab 2026	0,0	0,0	0,0				
4	1	1-1	Neuorganisation von Arbeitsabläufen und Geschäftsprozessen	50,0	50,0	50,0				
5	1	1-1	Verwaltungsweite Reduzierung der Beschaffungen um 5%	400,0	400,0	400,0				
6	1	0-3 0-6 0-8	Erhöhung von Eintrittspreisen und Teilnehmergebühren in diversen städtischen kulturellen Einrichtungen	50,0	50,0	30,0				Bereich 0-3: Die neue Benutzungs- und Entgeltordnung ist erst seit dem 01.08.2025 in Kraft. Signifikante Änderungen sind noch nicht zu erkennen. Bereich 0-6: Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung wird derzeit umgesetzt. Kassenmäßige Auswirkung wird allerdings erst im Jahr 2026 möglich sein Bereich 0-8: 30.000 EUR
7	2	3-2	Asyl-Unterbringungskonzept (§ 104c AufenthG - durch strukturelle Maßnahmen eine gesteigerte Versorgung Geflohener in privatem Wohnraum erzielen - die geflüchteten Menschen vorrangig in Regel- statt in Notunterkünften unterbringen - Etablierung von Regelstandorten und somit Aufgabe von Gemeinschaftsunterkünften - § 104c AufenthG nutzen (Erlangung Aufenthaltstitel), um Ausstieg aus dem AsylbLG zu ermöglichen	2.260,0	2.260,0	2.260,0				

Haushaltssicherungskonzept 2025 ff.

Ifd. Nr.	Dez.	Bereich	Maßnahmenbeschreibung	Konsolidierungsbetrag in TEUR			in Umsetzung	in Teilleistung	keine Umsetzung	Erläuterung zum Stand 30.06.	Erläuterung zum Stand 30.09.
				2025	Jahresprognose zum Stand 30.06.	Jahresprognose zum Stand 30.09.					
8	2	3-5	Reduzierung der Kosten der Unterkunft (KdU) durch weniger Bedarfsgemeinschaften	1.450,0	1.450,0	1.450,0				Maßnahmen zur besseren Integration in den Arbeitsmarkt wurden erfolgreich umgesetzt, Fallzahlen (BG) konnten daher reduziert werden. Jedoch wird - aufgrund von allgemeinen Kostensteigerungen - zum jetzigen Zeitpunkt von einem höheren KdU-Bedarf ausgegangen als ursprünglich angenommen.	Maßnahmen zur besseren Integration in den Arbeitsmarkt wurden erfolgreich umgesetzt, Fallzahlen (BG) konnten daher reduziert werden. Jedoch wird - aufgrund von allgemeinen Kostensteigerungen - zum jetzigen Zeitpunkt von einem höheren KdU-Bedarf ausgegangen als ursprünglich angenommen.
9	2	4-6	Erhöhung der Verkehrssicherheit durch Anschaffung zusätzlicher Überwachungstechnik etc.	4.500,0	4.500,0	4.500,0					
10	3	2-6	Optimierung der Abläufe innerhalb des Sachgebiets Querschnittsaufgaben	10,0	10,0	10,0					
11	3	3-1	Reduzierung der ordentlichen Aufwendungen (insbesondere Transferaufwendungen und sonstige ordentliche Aufwendungen) im Produktbereich 06 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe durch Beauftragung einer externen Beratung um den Fehlbetrag je Einwohner von 0 bis 21 Jahre zu reduzieren. Gleichzeitig soll durch personalwirtschaftliche Maßnahmen der Abruf von Erträgen bei Dritten (auch für die Vergangenheit) erhöht und aufgeholt werden.	3.000,0	0,0	0,0				Betrachtung der Ertragsseite: HSK-Ziel wird erreicht/übertraffen. Beschlossene Mehrerträge in Höhe von rd. 3.000 TEUR sind bereits in der Planung berücksichtigt. Dies bedeutet, dass das HSK-Ziel erreicht ist, sobald der Betrag der im Haushalt angemeldeten Erträge vereinnahmt ist. Prognostiziert werden weitere Mehrerträge in Höhe von rd. 2.487 TEUR. Betrachtung Saldo Aufwand/Ertrag: HSK-Ziel wird nicht erreicht. Den prognostizierten Mehrerträgen in Höhe von rd. 2.487 TEUR stehen im Bereich der erzieherischen Hilfen prognostizierte Mehraufwendungen in Höhe von rd. 9.700 TEUR gegenüber. Im Saldo ergibt sich daher ein erheblicher Fehlbetrag in Höhe von rd. 7.213 TEUR, wodurch die Erreichung dieser Maßnahme verfehlt wird.	Betrachtung nur Ertragsseite: HSK-Ziel wird erreicht / übertraffen. Die geforderten 3 Mio Mehrertrag sind bereits in der HH-Anmeldung berücksichtigt. Dies bedeutet, dass das HSK Ziel erreicht ist, sobald der Betrag der angemeldeten Erträge vereinnahmt ist. Prognostiziert werden weitere Mehrerträge i.H.v. 3.888.380 EUR, über die HH-Anmeldung hinaus. Betrachtung Saldo Aufwand/Ertrag: HSK-Ziel wird nicht erreicht. Dem prognostizierten Mehrertrag i.H.v. 3.888.380 EUR steht prognostizierter Mehraufwand i.H.v. - 15.265.717 EUR gegenüber. Im Saldo ergibt sich hieraus ein Fehlbetrag von - 11.377.337 EUR. Im Vergleich zur Abfrage zum 30.06. resultiert hieraus eine zusätzliche Ergebnisbelastung in Höhe von rund 4,17 Mio. EUR.
12	3	3-3	Reduzierung der Aufwendungen für Einzelbeförderungen/Gruppenbeförderungen um 3 %.	70,0	0,0	70,0				Eine Reduzierung der Aufwendungen wird nach jetzigem Stand nicht erreicht. Es entstehen Mehraufwendungen in Höhe von rd. 110 TEUR durch mehr Fahrten. Darüber hinaus gibt es 40 zusätzliche Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2024/25 an der Schillerschule. Die Kinder wurden auf einen 3. Standort verteilt. Gebraucht werden 5 zusätzliche Busse, dadurch entstehen weitere Mehraufwendungen in Höhe von rd. 160 TEUR.	Eine Reduzierung der Aufwendungen wird nach jetzigem Stand nicht erreicht. Es entstehen Mehraufwendungen durch mehr Fahrten. Darüber hinaus gibt es 40 zusätzliche Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2024/25. Jedoch erfolgt eine Kompensation durch die Minderaufwendungen bei STOAG durch die Überprüfung und Kündigung von DeutschlandTickets.
			a) Anpassung der Friedhofsgebühren (ggf. durch Berücksichtigung des grünpolitischen Wertes, Erhöhung des Kostendeckungsgrades, Überarbeitung des Friedhofskonzeptes, Aufgabe von Flächen durch vermehrte Urnenbestattungen etc.)	300,0	300,0	300,0					

Haushaltssicherungskonzept 2025 ff.

Ifd. Nr.	Dez.	Bereich	Maßnahmenbeschreibung	Konsolidierungsbetrag in TEUR			in Umsetzung	in Teilumsetzung	keine Umsetzung	Erläuterung zum Stand 30.06.	Erläuterung zum Stand 30.09.
				2025	Jahresprognose zum Stand 30.06.	Jahresprognose zum Stand 30.09.					
13	4	SBO	b) Kürzung des Pauschalzuschusses an die SBO durch Reduzierung bzw. Zusammenfassung von Dienstleistungen	2.000,0	2.000,0	3.200,0					Siehe Erläuterung zu Maßnahme Nr. 2g. Anstelle einer geplanten Ausschüttung durch GEO/GVO (Immobilienkonzern) erfolgt eine zusätzliche Zuschusskürzung an die SBO um 1,2 Mio. EUR.
			c) Anhebung von Mieten und Pachten	250,0	250,0					Eine Umsetzung im Bereich des bebauten Grundbesitzes ist aufgrund des Immobilienkonzeptes (Übertragung von Mietobjekten an TZU) zzt. nicht möglich. Beim unbebauten Grundbesitz ergeben sich in den Jahren 2025 und 2026 Mehrerträge durch zugesagte Zahlungen der Deutschen Bahn für die Inanspruchnahme städt. Grundstücke für Baustelleneinrichtungsflächen. Durch diese Erträge kann das Konsolidierungsziel voraussichtlich erreicht werden.	
14	4	4-1 SBO	Kosteneinsparungen durch Standortkonzentration bzw. Erstellung eines neuen Raumkonzepts	100,0	0,0	0,0				Eine Konzepterstellung erfolgt aktuell mit Partnerschaften Deutschland GmbH. Zzt. (04/25) werden gebäuderelevante Daten erhoben. Ergebnisse werden für das 4. Quartal 25 erwartet.	Der Abschlussbericht von Partnerschaften Deutschland (PD) hierzu liegt nur teilweise vor. Das endgültige Ergebnis bleibt abzuwarten.
15	4	2-4	Überwachung des ruhenden Verkehrs (Bußgelder)	250,0	250,0	250,0					
16	4	4-1	Anpassung und Überprüfung der bestehenden Verwaltungsgebührenordnungen (wie z. B. Anheben von einzelnen Gebühren, Stückkosten etc.)	100,0	0,0	0,0				Im Rahmen der fachlichen Prüfung wurde eine Darstellung der Gebührenkalkulation für die geänderten/neuen Tarifstellen verlangt. Der Bereich 4-1/Personal und Organisation hat diese in Zusammenarbeit mit den betroffenen Bereichen zusammengestellt. Die fachliche Prüfung dauert dementsprechend weiterhin an.	Die Fachprüfer/innen haben im Zusammenhang mit der neuen Gebührenaufstellung eine Gebührenkalkulation verlangt. In diesem Zuge hat der Bereich 4-1/Personal und Organisation hat in Eigeninitiative die Gebührengrundlage soweit möglich vereinheitlicht und die Gebühren dementsprechend neu berechnet. Die neuen Gebührensätze sind in der Abstimmung mit den Bereichen und werden nach Abschluss erneut fachlich geprüft. Das Inkrafttreten ist ab dem 01.01.2026 geplant. Die Gebührenanpassung ist von den Fachverwaltungen bei der Haushaltsplanung zu berücksichtigen

Haushaltssicherungskonzept 2025 ff.

Ifd. Nr.	Dez.	Bereich	Maßnahmenbeschreibung	Konsolidierungsbetrag in TEUR			in Umsetzung	keine Umsetzung	Erläuterung zum Stand 30.06.	Erläuterung zum Stand 30.09.
				2025	Jahresprognose zum Stand 30.06.	Jahresprognose zum Stand 30.09.				
17	4	4-1	Reduzierung der Personalaufwendungen (z. B. durch Streichung von geplanten Stellenneueinrichtungen ohne Refinanzierung, Erhöhung des Konsolidierungsbetrages)	2.500,0	2.500,0	2.500,0			Personalaufwendungen für Stellen ohne Refinanzierung wurden bei der Planung im Ansatz in Abzug gebracht, sodass die Maßnahme als erfüllt anzusehen ist. Bei der Personalkostenkalkulation für 2025 wurde eine Steigerung in Höhe von 2,5 % angenommen. Die erzielten Tarifiergebnisse lagen jedoch darüber, sodass insgesamt im Personalbudget voraussichtlich Mehraufwendungen für die Tarifbeschäftigten in Höhe von rd. 500 TEUR überplanmäßig bereitzustellen sind. Weiterhin sind die Beihilfeaufwendungen gestiegen, zzt. wird mit Mehrkosten in Höhe von rd. 500 TEUR kalkuliert. Zusätzlich wirkt sich das Beamtenmodernisierungsgesetz (z. B. durch kürzere Beförderungswartezeiten) mit rd. 300 TEUR aufwandssteigernd im Haushaltsjahr 2025 aus.	Im Vergleich zum Stand 30.06. ist mit weiteren Mehrkosten im Bereich der Beihilfen in Höhe von rund 700 TEUR, insgesamt damit 2.000 TEUR, zu rechnen.
18	4	4-4	Verwaltungsdigitalisierung, z. B. durch: a) Einsparung von Porto- und Papieraufwendungen durch die Erweiterung/Einführung digitaler Medien (bspw. Elektronische Signatur, Gehaltsmitteilungen per Email usw.), weitestgehender Verzicht auf Papier b) Reduzierung verwaltungsweiter IT-Kosten (anstatt PC und Laptop, nur noch Anschaffung eines Laptop, Vermeidung von doppelten Kosten u. a. für Lizenzen etc.) für Homeoffice, Teleheimarbeit, mobiles Arbeiten u.ä. c) Digitalisierung des Hausaktenarchives im Bauordnungsbereich	350,0	200,0	0,0			Realisierte Reduzierung von Porto- und Papieraufwendungen durch Digitalisierung der Gremienunterlagen und Rechnungseingänge. Weitere abgeschlossene Digitalisierungsmaßnahmen sind z. B. Sportstättenverwaltung, Dragondictate, Mobile Datenerfassung, SAP Krankmeldungen - Eingabe durch Assistenzen in den Bereichen, Einstellungstest der Azubis u. w. Zu laufenden Maßnahmen zählen Scandienstleistungen des Altlastenkatasters, Dokumentenprüfstation im Ausländerwesen, Einführung der e-Akte und e-Rechnung u. w. Die Digitalisierungsmaßnahmen erstrecken sich verwaltungsweit und haben positive fiskalische Auswirkungen in den einzelnen Bereichen, diese konnten bisher lokal nur zum Teil erfasst werden.	Bezugnehmend auf das Gespräch vom 15.09.25 zwischen Vertretenden der Bereiche 1-1, 4-1 und 4-4 möchten wir Sie darüber informieren, dass derzeit keine Übersendung der Prognosen der HSK Maßnahmen erfolgen kann. Grund hierfür ist, dass im Rahmen der Abstimmungen deutlich wurde, dass die Voraussetzungen für eine abgestimmte Maßnahmenplanung zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht vollständig vorliegen und daher eine Prognose nicht aufgestellt werden kann. Eine weitergehende Konkretisierung sowie Abstimmung der Konsolidierungsmaßnahmen ist daher zunächst zwischen den Bereichen, wie am 15.09.25 skizziert wurde, erforderlich. Sobald die entsprechenden Grundlagen geschaffen wurden, werden wir Ihnen die Prognosen selbstverständlich umgehend zur Verfügung stellen.

Haushaltssicherungskonzept 2025 ff.

Ifd. Nr.	Dez.	Bereich	Maßnahmenbeschreibung	Konsolidierungsbetrag in TEUR			in Umsetzung	in Teilumsetzung	keine Umsetzung	Erläuterung zum Stand 30.06.	Erläuterung zum Stand 30.09.
				2025	Jahresprognose zum Stand 30.06.	Jahresprognose zum Stand 30.09.					
19	4	alle SBO	Energiesparmaßnahmen in der Gesamtverwaltung, z. B. durch die Fortsetzung der Umrüstung auf LED-Lampen, erweiterte Nachtlichtabschaltung überall da wo es möglich ist, Energieeinsparung bei Beleuchtungen über Bewegungsmelder in allen öffentlichen Gebäuden, LED-Straßenbeleuchtung, Überprüfung des Stromlieferungsvertrages uvm.	1.500,0	1.500,0	0,0					Zum Stand 30.09. geht die SBO von anfallenden Mehrkosten in Höhe von rund 3,3 Mio. EUR im Vergleich zur Ansatzplanung aus. Die bestehende HSK Maßnahme wird damit verfehlt.
			Initiierung eines Energiesparprojektes an Schulen zur Sensibilisierung von Schülerinnen und Schülern im bewussten Umgang mit Ressourcen								
20	5	5-6	Einführung einer E-Scooter-Abgabe von je 3 EUR/Monat je Scooter	30,0	15,0	10,0				Erhebung der Gebühren bzw. die technische Umsetzung mit Smart-City ist noch in der Klärung. Daher keine Erhebung für das gesamte Jahr 2025 möglich.	Erhebung der Gebühren bzw. die technische Umsetzung mit Smart-City ist noch in der Klärung. Daher keine Erhebung für das gesamte Jahr 2025 möglich.

Summe	29.940,0	26.505,0	25.715,0
--------------	-----------------	-----------------	-----------------